

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die verantwortl. Redakteur Max Strauß in Berlin.
Eigentümer: Die Berliner Tages-Verlags-Gesellschaft.

Verlag: Berliner Tageblatt-Verlag in Berlin.
Eigentümer: Die Berliner Tages-Verlags-Gesellschaft.

Die Beschickung von Kronstadt.

Troßki in Petersburg.

Amsterdam, 24. Oktober. (W. T. Z.) Die „Times“ melden aus Sankt Petersburg: Die Beschickung von Kronstadt fort. Der Kampf um Krassnaja Gorka dauert an. Die Bolschewiken haben am Montag nach der Ankunft von 1500 Soldaten von Petersburg einen Versuch unternommen, Krassnaja Gorka zurück zu erobern, wurden jedoch zurückgeschlagen. Unter den Gefangenen befinden sich Mannschaften von 5 verschiedenen Regimentern und Soldaten. Zwischenmache ist einmütig weitere, wenn auch langsame Fortschritt. Einer Meldung aus Nowolok nach der weiter östlich gelegenen Station Sirelinsk erobert. Es wird gemeldet, daß die Sozialrevolutionäre in Petersburg sich erhoben haben. Der Kampf in den Straßen geht weiter; die Sowjetregierung sammelt alle Kräfte zu einem erbitterten Endkampf. Die Soldatentruppen sind aufgerufen worden. Die Kommunisten wurden von der Front zurückverwiesen. Der Befehl führt jetzt dort mit noch 3000 Mann. Ruffische Truppen, daß es den Bolschewiken gelungen ist, bei Petrozawodsk vorzudringen, wodurch die britischen Truppen gezwungen wurden, sich zurückzuziehen. Der Strategische Lage ist jetzt eine Gegenoffensive im Gange. Der russische Bericht vom Montag meldet ein heftiges Gefecht nördlich von Zworskoje, ungefähr 18 Meilen von Petersburg entfernt. Sowjetmacht noch in den Händen der Bolschewiken zu sein. Der russische Generalstab meldet: Die Rote Armee hat Krassnaja Gorka, von Erpischenen besetzt zu werden. Die Zeitung „Politika“ meldet aus Sankt Petersburg: Der Vormarsch der Nordwestarmee wird fortgesetzt. Bolschewistische Zeitungen zufolge ist Troßki in Petersburg angekommen, um die Verteidigung der Stadt zu leiten. Alle Proklamationen sind von Troßki und Einowjew unterschrieben. Ueber Petrozawodsk wurde der verheerendste Besatzungsstand verhängt. Alle Theater sind geschlossen und niemand darf sich nach 8 Uhr abends auf der Straße aufhalten. Die Stadt soll bis zum nächsten Morgen verteidigt werden. Alle Männer sind zu den Waffen gerufen, selbst die 70jährigen. In der Stadt wüten mehrere große Brände. Der Berichtsführer der „Nationalität“ in Nowolok behauptet die Meldung der „Nationalität“ von der Vertreibung bolschewistischer Kriegerkräfte. „Der letzte Kreuzer von der Flotte“, so telegraphierte der Berichtsführer, „sind während eines Unfalls gesunken, den sie von Kronstadt aus unternahmen, um den drei

Krassnaja Gorka stehenden bolschewistischen Streitkräften, die Judenisch abgegriffen hat, zu Hilfe zu eilen.“ Nach der amtlichen Meldung sind zwei dieser Kreuzer auf Wrangels geflohen. Von der 350 Mann zählenden Besatzung wurden nur sechs gerettet.

Aussterdam, 24. Oktober. (W. T. Z.) Laut „Telegraph“ bringt die Lloyd George nahegelegene Daily Graphic in einem Bericht auf den Verlauf der nicht-russischen Streitkräfte in Rußland durch die Alliierten, die jetzt beschickt werden muß, daß Dänisch, Jüdisch und Kolchisch nach der Rückeroberung der Bolschewiken ihre Kanonen brauchen würden, um die Rüstungen zu terrorisieren. Das Blatt schreibt, wenn die Alliierten darauf drängen, daß Dänisch und Jüdisch die Rotten und Schänder anerkennen, mögen sie es auch tun. Keine einzige alliierte Macht hat diese Staaten de jure anerkannt und Japan hat nur de facto anerkannt. Ein Schritt in dieser Richtung würde das moralische Ansehen der Alliierten in Europa stärken und die Wiederherstellung der Stabilität in Rußland beschleunigen.

Im Unterhaus erklärte Marineminister Long in Beantwortung einer Anfrage bezüglich Rußland, daß sich eine beträchtliche Zahl englischer Schiffe in der Bzice befindet.

Protest Anwalts gegen die Bekämpfung seiner Armee durch die Alliierten.

Amsterdam, 24. Oktober. (W. T. Z.) Das Blatt meldet: Derk Avallons-Bernoudt richtet einen Protest an alle Mächte der Erde, worin gegen die Bekämpfung der russischen Westarmee bei Znamanka durch das Entgegenüber eines englisch protestiert wird, wodurch das ganze 8. Regiment seines 1. Bataillons vernichtet wurde. Er bittet die Mächte, auf das Gewissen der russischen Bundesgenossen einzugehen, deren russische Vertreter die von den Entente-Mächten zur Bekämpfung des Bolschewismus aufgestellten Mittel zum Kampf gegen die westrussischen Truppen verwenden. Avallons habe Verhandlungen zur Vermeidung weiteren Blutvergießens angeboten.

Amsterdam, 24. Oktober. (W. T. Z.) Zwischen den lettischen und russischen Truppen fanden vom 19. Oktober abends bis zum 20. abends Kämpfe statt. Schwere Geschäfte wurden auf Lorenzberg, den Bräudenhöfen und der Witauer Chauffee. Eisenhof und Kleinfeld wurden von den Schiffen mit schweren Kanonen beschossen. Die westrussische Artillerie antwortete und gab auch einige Schüsse auf die Schanzen in Riga ab.

Die Bolschewiken haben drastisch über ihre Aktien an der politischen Front, die roten Truppen erfolgreich vorwärts und die Westfront übergriffen haben.

Republik oder Monarchie?

Ein Wort zum Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Von [Redaktion verboten]

Dr. Ernst Fodor.
Heinrich Heine hat einmal ausgeführt: Demokratie und Königtum stehen sich nicht feindlich gegenüber, wie man fälschlich in unseren Tagen behauptet hat. Die beste Demokratie wird immer diejenige sein, wo ein einziger als Inhaberin des Volkswillens an der Spitze des Staates steht. Ferdinand Lassalle hat in seiner Fingerring „Der italienische Krieg und die Aufgabe Frankreichs“ im Namen der deutschen Demokratie die Monarchie zu nationalen Taten aufgefordert. In unseren Tagen hat Friedrich Naumann „Demokratie und Kaiserium“ zu seiner politischen Zentralidee gemacht. Niemand hat diesen Ruf von unten ein Geß von oben beantwortet!

Vor dem Kriege gab es außerhalb der Sozialdemokratie die von der Krone als exiles behandelt wurde und darauf nicht nur mit einem Bekenntnis zur Monarchie antworteten, keine nennenswerten republikanischen Kreise mehr. Die Weisheit des Heckerleides: „Er hängt an seinem Baume, er hängt an seinem Erbe, sondern an dem Traume der deutschen Republik!“ war verflungen, seit der deutsche Einheitskrieg in einem Kaiserreich erfüllt worden war. Wenn Bismarck die Freiwillichen als „Kontingente“ mit Sozialdemokraten, Reformen und Gefährlichen in den großen Lauf der Reichsfeinde war, hat er ihre Oppositionslust gewaltig überdacht. Auch die radikale Gruppe des Liberalismus, die Demokratische Vereinigung, lehnte noch auf ihrem Parteitag 1909 unter dem Vorsitz Reichels ein republikanisches Bekenntnis ab.

Wenn also die Synthese von Demokratie und Monarchie in Deutschland nicht gelang, so ist daran gewiß nicht das deutsche Volk schuld, das trotz der letzten Monarchen, fast ohne zu murren, ein volles Menschenalter getragen hat, gewiss nicht die Demokratie, die in den Anfängen der Revolution noch sich um die Lösung bemühte, sondern schuld sind drei Jahrzehnte Fehler der Krone und ihrer Berater.

Die elementare Wahrheit, mit der die Entwicklung sich vollzogen, welche so hart, daß das Verständnis für die historische Bedeutung des Königtums fast allgemein war, sogar in den Kreisen der heutigen Deutschen Volkspartei. Nicht nur waren im November 1918 deren nausteilige Führer, darunter Herr Stresemann, vollständig bereit, den Grundriß der demokratischen Partei zu unterzeichnen, der die republikanische Staatsform anerkannte und gegen jede Reaktion zu verteidigen verband; auch die Deutsche Volkspartei selbst ist in die Wahlen mit seiner Überzeugung gegangen, in der es deutlich heißt: „Das ist der entscheidende Wille eines starken deutschen Bürgertums, das nun endlich bei den Wahlen sein Schicksal in die Hand nimmt und dafür sorgt, daß Deutschlands Schicksal in der Zukunft nicht durch eine sozialistische, sondern durch eine bürgerliche Republik bestimmt wird.“

Auf ihrem Leipziger Parteitag hat sich die Partei, trotz lebhafte Widerstands in Parteipresse und Parteivorstellungen, von diesen Grundrissen vollständig abgewandt und ein Bekenntnis zur Monarchie abgegeben. Wenn Herr Stresemann jetzt in der Tat, daß die Demokraten, die vielfach früher die parlamentarische Monarchie gepriesen haben, heute für die Republik eintreten, so machte er, hinter den Ereignissen herumlaufend, ihnen seine demagogische Klugheit zum Vorwurf!

Die Begründung des monarchistischen Standpunktes selbst gab Professor Kahl. Wenn er eine geschichtswidrige Kritik an dem geschichtlichen Zusammenhang der Monarchie abgibt, so ist das vollkommen zu unterschreiben. Die Gegenwart ist so trübe, die Zukunft so dunkel, daß niemand, was groß und glänzend in der Vergangenheit war, wider wissen mögen, mag es von der Monarchie oder von anderer Stelle ausgegangen sein. Aber diese Gefahr gilt der geschichtlichen Wahrheit, nicht der Vergeltung, und verlangt gerade, daß in geschichtswidrigen und geschichtswidrigen nicht mehr nach der der republikanischen Monarchie, sondern nach der der Monarchie, die sich in der Gegenwart offenbart, die Monarchie wieder aufgestellt werden. Wir hoffen, daß Kahl sich auch diese Geschichtswidrigkeit werden wird.

Der Monarchismus, den er predigt und dem der Parteitag zustimmte, ist kontingent; nicht die deutsche Monarchie insgesamt, sondern nur eine voll hergestellte Monarchie. Er ist auch temperiert: nicht das alte Gottesgnadentum, sondern eine durch die Mehrheit des Stimmzettels bestimmte, anständig parlamentarische Monarchie soll aufgestellt werden. Er ist endlich ein anonymes Monarchismus: ihm fehlt der Kronpräsident. Unter den Anhängern der Monarchie würde sofort Streit ausbrechen, wenn die Frage aufgeworfen würde, wer denn Kaiser werden soll. Kann wirklich eine Monarchie, die so viel wie die deutsche, durch den Stimmzettel wieder aufgestellt werden, und wenn der Stimmzettel morgen anders entscheidet, soll dann der deutsche Kaiser wieder verschwinden?

Es ist ein blutleeres, ungeschickliches, die monarchische wie die demokratische Tradition gleich schwer verletzendes Gebilde, auf das sich die Deutsche Volkspartei verpflichtet hat. Damit trennt sie sich endgültig von dem Volk der republikanischen Parteien, die die demokratische Republik verteidigen, weil sie die Voraussetzung eines ruhigen Wiedereintritts in die deutsche Republik durch das Land in enge Verhältnisse verwickelt wurde.

Es ist ein gefährliches Spiel, das die Deutsche Volkspartei treibt. Und ein aussichtsloses. Die Zeit der Monarchen ist vorbei. Könige leben wie Götter von dem Nimbus, den der Glaube ihrer Anhänger um sie breitet. Der ist dahin, schon wegen der Art, wie sich der Fall der Dynastien vollzogen hat. Nicht im Kampfe sind sie gegangen, sondern zwei

Die angebliche neutralistische Beschickung im Elß.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

VA Gent, 24. Oktober.

Die Presse bringt ausführliche Berichte über die sogenannten neutralistischen Beschickungen im Elß. Von neutralistischen Seite wird man dem Abgeordneten Bognet in die Sache zu verwickeln, der im Sommer im Elß war und das Bestehen der Familie Bruneils behauptet. Herr v. Brunfels, der früherer Botschafter im Kaiserlichen Amt in Berlin, soll jetzt ebenfalls mit dem Grafen Rapp, dem Leiter der Bewegung, in Verbindung stehen haben, und so vermutet man, daß Bognet um die separatistischen Bestrebungen im Elß geworben habe. Der Abgeordnete hat allen Interventionen erklärt, daß er im Elß nur sozialistische Propaganda geschrieben habe. Seine Beziehungen zu den Brunfels können nicht verweigert werden, da diese Familie der französischen Armee mehrere Offiziere gestellt habe. Bei dem verstorbenen Ingenieur Kochler soll eine große Menge Propagandabroschüren und Geld gefunden worden sein. „Journal“ meint, daß die Angelegenheit großen Umfang annehmen werde, denn es sei wahrscheinlich, daß die deutsche Regierung von vielen untrustworthy Bestrebungen Kenntnis gehabt habe.

Generalkonferenz während hat die Aufforderung von neutralistischen Wählern in Elß-Verordnungen verboten. In einem Erlass des Kommissars wird mitgeteilt, daß die Neutralisten für den 9. November einen Aufstand im Elß-Verordnungen planen, der gleichzeitig mit der kommunistischen Erhebung in Deutschland ausbrechen sollte. Die landesoberständlichen Behörden der Neutralisten seien dadurch zu erziehen.

Die sozialistischen Parteien Elß-Verordnungen haben die Forderung nach sofortiger Wiederherstellung der konstitutionellen Garantien für Elß-Verordnungen, so wie sie für das übrige Frankreich gegeben sind, beschlossen und um die französische Regierung eine dringliche Entscheidung nach Paris gerichtet, worin verlangt wird, daß die Bestimmungen über die Versammlungsfreiheit und die Abhaltung der Justiz auch für Elß-Verordnungen sofort gültig sein sollen.

Erbarbrücken, 24. Oktober.

General Anwalter hat für das Carapogel ein Ansuchen gestellt, erlassen, in dem er sich für berechtigt erklärt, einen Spezialgerichtshof gegen unehrliche Spekulanten zu schaffen einzuführen. Die Berechtigung, dergleichen Gesetze zu erlassen, leitet der General aus Artikel 48 der spanischen Konstitution ab.

Die meisten pfälzischen Schuhfabriken haben seit mehreren Tagen ihre Betriebe stillgelegt, da die Elektrizitätswerke in der Pfalz keinen Strom mehr abgeben können. Wie trocken aus Kreuznach gemeldet wird, hat sich die französische Bevölkerung entschlossen, in beschränktem Maße wieder Barzahlung ins besetzte Gebiet zu liefern, damit dort die Streikbewegung nicht aus sich greift.

Geldlatamität in Paris.

Mangel an Silbermünzen und kleinem Papiergeld.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

VA Gent, 24. Oktober.

Paris ist seit einiger Zeit von einer Geldlatamität befallen, die den Handel empfindlich lähmt und gegen die die Regierung Maßnahmen ergreift. Dem Geld, das seit langem nicht zu sehen war, ist jetzt das Silber gefolgt, und die Silbermünzen sind fast vollständig aus dem Verkehr verschwunden. Der Preis des gemünzten Silbers hat bekanntlich in den letzten Monaten eine Höhe erreicht, die es seit mehreren Jahren nicht hatte. Der Silberwert eines fünfcentenstückes beträgt heute etwas mehr als 7,50 Francs. Die Folge ist, daß alle Werte die Silberfarbe annehmen, und das die Banknoten mit dem Einschmelzen der Münzen ein bequemes, sehr einträgliches Geschäft zu machen. Diese Kritik auf dem Gebiet der Geldlatamität hat nun auch das Papiergeld befallen, das den Bedürfnissen namentlich des kleinen Handelsverkehrs nicht mehr genügt und ebenfalls anfangt, fehlen zu werden. In vielen Pariser Geschäften und Restaurants sind Plakate angebracht, durch die die Kunden gebeten werden, nur runde Summen anzugeben, da Wechselgeld fehlt. Aber sich diesem Wunsch nicht fügen, dem wird in Wechseln herausgegeben, die aber ungenügend nicht in Zahlung genommen werden. Ganz der letzte Befehl, das die jetzt verabschiedete Kammer jetzt, verbot das Einschmelzen von Gold- und Silbermünzen. Seine erimiert der Finanzminister an das alte Verbot, französisches Metall- oder Papiergeld ins Ausland zu befördern. Kein Reisender darf mehr als 1000 Francs in Noten der Bank von Frankreich über die Grenze mitnehmen. Es ist bemerkt, daß in der Schweiz französische Silbergeld in Massen vorhanden ist und das geschäftlichste Zahlungsmittel des täglichen Geschäftes bildet.

„Der Post Evening Post“ meldet aus Washington, daß der diplomatische Vertreter der Vereinigten Staaten in Berlin den König eines Geschäftsträgers haben wird. Er werde durch einen legitimen Gefandten ersetzt werden, wenn genügend Zeit vergangen sei, um darüber erwogen zu können, in welcher Weise die deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nachkomme.